

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/160

22. August 1972

Rentenversicherung weiter entwickeln

Nun hat der Bundestag das Wort - Es darf nicht um Prestige gehen

Von Helmut Rohde MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

CDU-Fragen zur Selbst-Rehabilitierung

Ungenügende "Unions"-Leistungen auch auf dem Jugendsektor

Von Elfriede Eilers MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit und des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 3 und 4 / 83 Zeilen

Gedenken in Sekunden

Bewußte Unterlassung oder fahrlässiges Versäumnis?

Von Lothar Schwartz
Stellv. Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Seite 5 / 44 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Rentenversicherung weiter entwickeln

Nur hat der Bundestag das Wort - Es darf nicht um Prestige gehen

Von Helmut Rohde MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung

In wenigen Tagen beginnen die Sondersitzungen des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung. Auf seiner Tagesordnung steht die Weiterentwicklung der Rentenversicherung. Es ist dies das bedeutendste sozialpolitische Gesetzgebungswerk der letzten Jahre. Das zeigt schon sein finanzielles Volumen. Über weit mehr als 150 Milliarden DM Ausgaben, berechnet auf den Zeitraum bis 1986, ist zu entscheiden. Sein Inhalt betrifft grundlegend soziale Fragen, die der Antwort bedürfen:

- wie älteren Arbeitnehmern mehr Wahlmöglichkeit für das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und den Übergang in die Rente mit Hilfe der flexiblen Alterssicherung zu schaffen ist,
- wie die Bezüge der Rentner allgemein zu verbessern sind,
- wie die Lage derjenigen erleichtert werden kann, die trotz eines erfüllten Arbeitslebens wegen ihrer früheren niedrigen Arbeitsverdienste heute eine unzulängliche Rente erhalten,
- wie die soziale Sicherung der Frauen schrittweise verbessert werden kann und
- wie die Öffnung der Rentenversicherung für andere Personengruppen, insbesondere Selbständige und Hausfrauen, vorzunehmen ist.

Dem Sozialpolitischen Ausschuß des Deutschen Bundestages liegen zu diesen Fragen Gesetzentwürfe vor. Es handelt sich um sozialpolitische Aufgaben, die beachtliche Auswirkungen für die Menschen draußen im Lande haben. Darüber sollte sich niemand

Illusionen machen. Die Menschen erwarten ein konkretes Beratungsergebnis noch in dieser Legislaturperiode. An taktischen Feinheiten, an parlamentarischem Ränkespiel, an Autorenstolz und Wahlkampf-taktik sind sie nicht interessiert. Die Arbeitnehmer wollen wissen, ob ab 1. Januar 1973 die flexible Altersgrenze Wirklichkeit wird, Hausfrauen und Selbständige warten darauf, daß sie der sozialen Rentenversicherung endlich beitreten können, die Rentner erwarten eine Verbesserung ihrer Bezüge, und das gleiche gilt für die anderen Personengruppen, deren soziales Schicksal mit dem Rentenpaket verbunden ist.

Koalition und Opposition haben die Möglichkeit, in den nächsten Wochen ein Beratungsergebnis zu erreichen. Seit langem werden die Grundsatzdebatten über die Weiterentwicklung der Rentenversicherung geführt, entsprechende Gesetzentwürfe liegen dem Bundestagsausschuß einschließlich ihrer finanziellen Berechnung vor. Noch niemals lag einem Rentengesetz ein so umfangreiches und differenziertes Rechenwerk mit Vorausschau für die nächsten Jahre zugrunde wie jetzt beim Rentenpaket.

Nun hat das Parlament das Wort. Es darf nicht um Prestige gehen. Auf dem Spiele steht die Weiterentwicklung der deutschen Alterssicherung. Deshalb sollten wir in den Ausschußberatungen das sozialpolitisch Notwendige möglich machen und das, was wir zu tun in der Lage sind, finanziell solide und zukunftssicher begründen.

Die Menschen sehen heute - wie mir viele Gespräche der letzten Wochen gezeigt haben - auf das Parlament in ganzen. Sie dürfen nicht enttäuscht werden. In dieser Lage wird sich derjenige Glaubwürdigkeit erwerben, der den ernsthaften Willen unter Beweis stellt, zum Ergebnis bei der Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu gelangen.

(-/ex/22.8.1972/ks)

+ + +

CDU-Fragen zur Selbst-Rehabilitierung

Ungenügende "Unions"-Leistungen auch auf dem Jugendsektor

Von Eilfriede Eilers MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit
und des SPD-Fraktionsvorstandes

Es ist nahezu amüsant zu sehen, wie sehr sich die CDU in ihrer bisherigen Oppositionszeit bemüht hat, alles das, was sie in 20 Jahren der Regierungsverantwortung nicht aufgegriffen hat, jetzt für sich in die Diskussion zu bringen. Dabei kommt es ihr gar nicht darauf an, unpräzise formulierte Vorlagen einzubringen, wie das z.B. bei ihrem Gesetzes-Antrag zur Volljährigkeit der Fall gewesen war. Sie versuchte dabei aus einer ganzen Skala von notwendigen Gesetzesänderungen zu dieser Materie nur wenige Paragraphen herauszupicken.

Bei ihrem Antrag zur "Weiterentwicklung des Bundesjugendplans" ist die CDU nun den umgekehrten Weg gegangen. Sie beantragt nämlich Dinge, die gerade erst unter dem Bundesminister Käthe Strobel aufgegriffen wurden oder die als Selbstverständlichkeiten längst praktiziert werden.

Ich möchte das in nachfolgenden Punkten unter Beweis stellen:

1/ Forschung: Aus der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU weiß sie ganz genau - und hat es trotzdem mit penetranter Beharrlichkeit noch einmal abgeschrieben -, daß Forschungsaufträge beim Deutschen Jugendinstitut in München laufen. Sie weiß, daß 1972 eine halbe Million DM mehr an Mitteln für dieses Institut im Haushalt eingestellt worden sind. Sie weiß aber auch, wie schwer es ist, Effektivitäts-Kontrollen auf dem Bildungssektor darzustellen.

2/ Bildung: Aufgrund von Vorschlägen im "Bildungsbericht 70" der Bundesregierung wurde die außerschulische Bildung als Teil des Bildungswesens in den Entwurf des Bildungs-Gesamtplanes im Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission aufgenommen.

3/ Abstimmung von Jugend-Plänen in Bund, Ländern und Gemeinden: Hier weiß die CDU nur zu genau, daß der Bund weder über ein Aufsichts- noch über ein Weisungsrecht gegenüber Obersten Bundesjugendbehörden, Landes-Jugendämtern und Jugendämtern verfügt. Allerdings ist er um Koordinierung immer bemüht. Die Bundesregierung hat die Jugendplan-Richtlinien jüngst neu gefaßt und dadurch in der Jugendarbeit neue Schwerpunkte und Akzente gesetzt.

4/ Förderung von Trägern oder Sachaufgaben: Hierbei bedarf es meines Erachtens einer längeren Diskussion mit den Trägern der Arbeit, weil so wohl die Förderung von Trägern wie die von Sachaufgaben je nach Größe der Verbände Vor- und Nachteile bringen kann. Das geht ja auch aus einem gewissen Widerspruch des Punktes sechs zum Punkt vier des CDU-Antrages hervor. Der CDU dürfte be-

kannt sein, daß das Bundesministerium für Jugend/Familie/Gesundheit mit den Verbänden zu dieser Frage in einem ständigen Dialog ist.

Im Punkt fünf ihres Antrages versucht die CDU dann ein ganzes Bündel von Selbstverständlichkeiten zu präsentieren, indem sie schreibt: "Folgende Programme sind zu erhalten, zusammenzufassen, auszubauen oder neu zu schaffen..." Dabei dürfte ihr aber z.B. bewußt gewesen sein, daß Berlinfahrten nicht im Bundesjugendplan, sondern im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen ihre Statposition haben.

Am 15. Mai 1972 ist die Gründung des Europäischen Jugendwerks beschlossen worden, da durch die Anträge der SPD schon im Jahre 1965 in zäher Kleinarbeit dieses Ziel erreicht wurde. Aber weder das Europäische Jugendwerk, noch das Deutsch-Französische Jugendwerk können - und auch das weiß die CDU - Bestandteil des Bundesjugendplanes sein.

Die CDU weiß weiter, daß kulturelle Jugendbildung stärker als in der Vergangenheit gefördert wird. Das gilt für den Jugendbuchpreis, für die Musische Bildungsstätte Remscheid und auch für die in Trossingen aufgebaute Jugend-Musikschule.

Die sportliche Jugendbildung und die Bundesjugendspiele sind zu keiner Zeit so gefördert worden wie unter der sozialliberalen Koalition. Das weiß die CDU - wie jeder andere.

Die CDU weiß weiter, daß für die Förderung der Eingliederung junger Menschen aus den Ostgebieten auf Antrag von SPD und FDP die Aufstockung des Garantiefonds von 1,8 Millionen auf sechs Millionen DM erfolgt ist, so daß u.a. in rund 100 Jugendberufshilfsstellen je zwei Erzieher ihre Aufgabe für diese jungen Menschen wahrnehmen können.

Die CDU weiß schließlich, daß neue Methoden in der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden. Sie kennt die Programme, die für Kinder in Obdachlosenunterkünften, für Gastarbeiterkinder und so weiter in der Gemeinwesenarbeit erprobt und finanziert werden. Sie weiß vor allem, wie sehr sich das Bundesministerium für Jugend/Familie/Gesundheit um die drogengefährdete Jugend durch Forschung und Aufklärungsarbeit bemüht.

Und trotzdem fragt und beantragt die CDU unentwegt in Bereichen, die sie in der Zeit, in der sie die Weichen zu stellen in der Lage war, einfach nicht genügend berücksichtigt hat.

Sie hätte im Übrigen der sozialliberalen Koalition helfen können, die anstehenden Aufgaben noch zügiger zu erledigen, wenn sie zu einer fristgerechten Verabschiedung des Haushalts 1972 beigetragen hätte.

(-/ex/ 22.8.1972/ks)

Gedenken in Sekunden

Bewußte Unterlassung oder fahrlässiges Versäumnis?

Von Lothar Schwartz

Stellv. Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Wer mit einer gewissen Selbstverständlichkeit aus Anlass des 20. Todestages von Kurt Schumacher in unseren Fernsehprogrammen auf eine angemessene Würdigung dieser politischen Schlüsselfigur in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands und beim Aufbau unseres demokratischen Staates gewartet hatte, wurde schwer enttäuscht: Die Erinnerung an Persönlichkeit, grundsätzliche Position und Vermächtnis des Neubegründers der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg war dem ARD-Fernsehen in seiner "Tagesschau" in Wort und Film ca. drei Minuten wert. Für das ZDF reichten gar weniger als zwei Minuten, um in der Hauptnachrichtensendung am Sonntagabend über die Gedenkfeier in Bonn und die in ihrem Mittelpunkt stehende Rede des SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt zu informieren, die in zahlreichen gestrigen Tageszeitungen als "grundsätzlich" oder "programmatisch" gewertet worden ist.

Wir wissen, in welcher schwierigen Lage die Fernsehredaktionen oft sind, wenn es die begrenzte Sendezeit für die Nachrichtengebung auf die jeweiligen innen- und aussenpolitischen Tagesereignisse aufzuteilen gilt. Deshalb soll hier auch nicht mit Hilfe der Stoppuhr die "Verhältnismässigkeit" der Berichterstattung über die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Gedenken an Kurt Schumacher geprüft werden. Nachdrückliche Kritik muss hingegen an der lang- bzw. mittelfristigen Programmplanung beider Netze geübt werden. Sie hat den Todestag Kurt Schumachers völlig ignoriert. Die schwer fassliche Fehlleistung, dass eine Würdigung und Analyse der Bedeutung Kurt Schumachers für die deutsche Politik und für die deutsche Sozialdemokratie in dokumentarischer Form unterblieben ist, müsste den Verantwortlichen mehr als peinlich sein.

Ob bewusste Unterlassung oder fahrlässiges Versäumnis, der Vorgang hat sowohl unter politischen als auch unter publizistischen Gesichtspunkten schon fast skandalöse Züge. Dieser Eindruck wird noch durch den Zynismus ergänzt, dass die einzige, etwas breiter angelegte "Würdigung" Schumachers auf den Bildschirmen ausgerechnet im "ZDF-Magazin" und natürlich mit den entsprechenden Akzenten in der Moderation stattgefunden hat.

Was dem von zwanzig Jahren nach einem leidvollen politischen Weg verstorbenen SPD-Vorsitzenden und damaligen Oppositionsführer versagt geblieben ist, wird dem heutigen Oppositionsführer und CDU-Vorsitzenden ohne besonderen Anlass oder beachtenswertes Datum ganz selbstverständlich zuteil: Am 30. August sendet das Erste Programm als Beitrag des Bayerischen Rundfunks das "Porträt eines Oppositionsführers: Rainer Barzel". Und das zur besten Sendezeit im Hauptprogramm und in unmittelbarem Vorfeld eines Wahlkampfes, für den die CDU unverkennbar eine auf Profilierung ihres Spitzenkandidaten ausgerichtete "Fernseh-Strategie" entwickelt hat.

(-/ex/22.8.1972/mäu)